

## **O4 Jugendarbeit - halten, schützen, ausbauen.**

Antragsteller\*in: Jusos Erfurt  
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

### **Antragstext**

1 Die Jusos Thüringen wirken darauf hin, dass die Jugendarbeit ausreichend  
2 finanziert wird. Dabei gilt es, wachsenden Bedarfen in der Stadt und in der  
3 Fläche gerecht zu werden. Wir fordern, die Mindestzuweisungen des ThürKJHAG auf  
4 17 Millionen Euro p.a. zu erhöhen.

5 Damit wollen wir erreichen, dass weiter in die Zukunft unseres Landes investiert  
6 wird.

7 Wir erkennen an, dass Jugendliche in der Corona-Pandemie nicht nur persönliche  
8 Kontakte einschränken mussten, sondern auch, dass sie in ihrer freien Entfaltung  
9 und Entwicklung beschnitten wurden. Diesen tiefgreifenden Einschnitten wollen  
10 und müssen wir begegnen und die niedrighschwelligen Anlaufstellen - welche sich  
11 in der örtlichen Jugendarbeit wiederfinden -ausreichend ausfinanzieren.

### **Begründung**

Die Jugendarbeit vor Ort steht in Thüringen, gerade im Lichte der Pandemie, vor großen Herausforderungen. Die Thüringer Städte wachsen und vor allem die Gruppe der unter 27-jährigen wächst stetig. Diese Entwicklung begrüßen wir, wissen aber, dass Kinder und Jugendlichen in allen Lebenssituationen qualifizierte und niedrighschwellige Anlaufstellen benötigen. In der Fläche findet zeitgleich ein Aussterben solcher Anlaufstellen statt, was auch an der Missachtung der Lebensrealitäten junger Menschen durch örtliche Entscheidungsträger:innen begründet ist. Hierzu kommt, dass vor Ort mit Bestürzung, Bedauern und Unverständnis auf die Nachricht zu möglichen Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe reagiert wurde. Der aktuelle Haushaltsentwurf des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) soll, in Folge der - von der Thüringer CDU verlangten - globalen Minderausgabe i.H.v. 330 Millionen Euro, eine Kürzung der Örtlichen Jugendförderung von 17 Millionen auf das gesetzliche Minimum i.H.v. 15 Millionen Euro vorsehen.

Daher: Wir sagen Nein zur Kürzung der Jugendförderung!

Die im Haushalt veranschlagten Mittel dienen der Ermöglichung der vielfältigen Angebote der

offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Arbeit der Jugend- und Sozialverbände. Mit diesem Geld werden unter anderem Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit auf lokaler Ebene finanziert. Herausfordernder und notwendiger denn je sind nach zwei Jahren Pandemie diese Angebote insbesondere für benachteiligte Kinder und Jugendliche.

Kinder und Jugendliche, die Träger der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit und die dort ehrenamtlich Engagierten und hauptamtlichen Fachkräfte haben keine Kürzungen, sondern mehr 1 Thüringer Kinder- und Jugendhilfeausführungsgesetz Aufmerksamkeit verdient! Die Strukturen und Einrichtungen sind nicht nur Freizeit- und Bildungsangebote, sie stärken junge Menschen in der Bewältigung von Herausforderungen und sind Orte von Partizipation und Demokratie. Die Erfahrungen, die junge Menschen dort sammeln, sind unerlässlich für ihren weiteren Lebensweg. Investitionen in die Jugend sind immer Investitionen in die Zukunft unseres Freistaates. Jeder investierte Euro zahlt sich aus! Viele junge Menschen waren in zwei Jahren Corona-Pandemie solidarisch mit ihren Mitmenschen, haben sich selbst eingeschränkt und auf viele Dinge verzichten müssen. Wenn man das erkennt und anerkennt, kann die Antwort nicht weniger Geld für die Kinder- und Jugendarbeit sein. Ganz im Gegenteil!

Die langfristigen Folgen der Pandemie lassen sich heute noch nicht abschätzen. Allerdings wissen wir sicher, dass insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche von den Auswirkungen der Pandemie besonders stark betroffen waren und sind. Jede Kürzung im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe verstärkt Benachteiligungen in unserer Gesellschaft! Die Kommunen können Kürzungen des Landes nicht abfedern. Kürzungen für Kommunen konterkarieren zudem das Ziel des Haushaltsgesetzgebers zur Stärkung der Kommunen. Die geplante Kürzung sendet ein fatales Signal an alle jungen Menschen in unserer Stadt und dem gesamten Freistaat.